

**Niederschrift über die Sitzung des Kreistages
am Freitag, dem 11.12.2015, im Forum der Sparkasse Münsterland
Ost, Freckenhorster Str. 69, 48231 Warendorf**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:00 Uhr**

	Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	6
2. Bestätigung des Gesamtabschlusses 2013 des Kreises Warendorf sowie Entlastung des Landrates für den Gesamtabschluss 2013	145/2015 7
3. Jahresabschluss 2014 hier: Beschluss über das Jahresergebnis 2014	170/2015 8
4. Beschluss über den Jahresabschluss 2014 des Kreises Warendorf sowie Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2014	142/2015 9
5. Kommunales Investitionsförderungsgesetz NRW	167/2015 10
6. Rahmenprogramm zur Konsolidierung des Kreishaushaltes 2016 bis 2019	149/2015 11
7. Umsetzung des FMO-Finanzierungskonzeptes - Zuführung der Tranche 2017	175/2015 12
8. Anpassung des Gesellschaftsvertrages der FMO GmbH	176/2015 13
9. Antrag der FWG-Kreistagsfraktion - Sachstandsbericht FMO	178/2015 14

10.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Personalstruktur der Kreisverwaltung - Reduzierung von Beamtenstellen	198/2015	15
11.	Abschließende Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2016 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie Beratung und Beschlussfassung zur Umlageerhebung nach § 56 c Kreisordnung NRW	186/2015/2	16
12.	Weitere Beteiligung am MVA Hamm Verbund (Müllverbrennungsanlage)	162/2015	18
13.	Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM)	174/2015	19
14.	Umbenennung des Behindertenbeirates und Änderung der Richtlinien	169/2015/1	20
15.	Einführung eines Schülertickets für die Schülerinnen und Schüler der Berufskollegs des Kreises Warendorf	183/2015	21
16.	Beschaffung einer Software für die strukturierte Notrufabfrage	192/2015	22
17.	Anpassung der Dienstanweisung zur dezentralen Ressourcenverantwortung im NKF (Budgetregeln)	184/2015/1	23
18.	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion: Vertreterregelung für die Besetzung der Ausschüsse	195/2015	24
19.	Anfragen der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen		25

II. Nichtöffentlicher Teil

1.	Geschäftsführung FMO		27
-----------	----------------------	--	-----------

Anwesend:

Vorsitz
Gericke, Olaf Dr.
Mitglieder des Kreistages
Arnkens-Homann, Dagmar
Aydemir, Ergül
Berkhoff, Henrich
Birkhahn, Astrid
Blex, Christian Dr.
Block, Susanne
Blömker, Franz-Ludwig
Blümer, Raphaela
Budde, Heinrich
Buschkamp, Franz-Josef
Claßen, Anne
Diekhoff, Markus
Drestomark, Bernhard
Dufhues, Hannelore
Eisenhuth, Hans-Heinrich
Geiger, Andrea
Grap, Valeska
Gutsche, Guido
Hamann, Maria
Harrendorf-Vorländer, Birgit
Hein-Kötter, Dorothea
Heringloh-Poll, Norbert
Hermans, Pia
Hohmann de Palma, Ingrid
Holz, Günter
Hövelmann, Volker
Hugenroth, Bernhard
Kaup, Winfried
Kleene-Erke, Andrea
Kleibolde, Bernhard

Kreft, Peter
Lehnert, Susanne Dr.
Luster-Haggeney, Rudolf
Marx, Burkhard
Mindermann, Ursula
Möllmann, Rolf
Multermann, Joachim
Nienkemper, Dorothea
Ommen, Detlef
Poppenberg, Bernhard
Pries, Wilhelm
Riveiro Vega, Sandra
Schindler, Ron
Schlösser, Ulrich
Schmedding, Josef
Schulte, Stephan
Schulze Westhoff, Stephan
Starke, Dennis
Stöppel, Gregor
Strübbe, Robert
Tegelkämper, Paul
Wagner, Natalie
Werning, Frederik
Westerwalbesloh, Florian

von der Verwaltung

Abeler, Alina
Börger, Heinz Dr.
Höing, Daniel
Ottmann, Michael
Schreier, Petra
Seidel, Sebastian
Funke, Stefan Dr.
Hansen, Peter Dr.
Gnerlich, Friedrich
Westbomke, Alfons

Es fehlten entschuldigt:**Mitglieder des Kreistages**

Gerwing, Theresia
Stumpfenhorst, Lothar

Anlagen

Anlage 1	Haushaltsrede der CDU-Kreistagsfraktion
Anlage 2	Haushaltsrede der SPD-Kreistagsfraktion
Anlage 3	Haushaltsrede der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Anlage 4	Haushaltsrede der FDP-Kreistagsfraktion
Anlage 5	Haushaltsrede der FWG-Kreistagsfraktion
Anlage 6	Haushaltsrede der Kreistagsfraktion DIE LINKE
Anlage 7	Haushaltsrede der AfD-Kreistagsfraktion

Landrat Dr. Gericke eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreistages, die Vertreter/innen der Presse sowie die anwesenden Einwohner/innen.

Landrat Dr. Gericke stellt fest, dass der Kreistag mit Einladung vom 30.11.2015 form- und fristgerecht einberufen worden ist. Er weist ferner darauf hin, dass im Nachgang der Einladung weitere Unterlagen per E-Mail an die Kreistagsmitglieder versandt wurden, die nunmehr wie folgt als Tischvorlage ausliegen:

- Ergänzungsvorlage zu TOP 16 „Anpassung der Dienstanweisung zur dezentralen Ressourcenverantwortung im NKF (Budgetregeln)“ (184/2015/1)
- Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und rechtsextreme Gewalt im Kreis Warendorf“
- Anfragen der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen „Abschiebeverfahren/konkreter Vorfall am 18./19.10.2015“ und „Dauer der Bearbeitung von Anfragen für Facharzttermine für Flüchtlinge“
- Ergänzungsvorlage zu TOP 7 „Abschließende Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung [...]“ (186/2015/2)
- Antrag der Kreistagsfraktion „Die Linke“ zum Kreishaushalt vom 10.12.2015

Landrat Dr. Gericke schlägt vor, die Anfragen der Kreistagsfraktion Bündnis/90 Die Grünen am Ende der Tagesordnung zu behandeln.

Herr Schlösser (Grüne) stellt den Antrag, die TOPs 8, 9, 10 und 18 vor dem TOP 7 zu behandeln. Die Kreistagsmitglieder stimmen der geänderten Tagesordnung einstimmig zu. Weitere Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
--

Auf Nachfrage des Landrates meldet sich keine Einwohnerin/kein Einwohner zu Wort.

2.	Bestätigung des Gesamtabchlusses 2013 des Kreises Warendorf sowie Entlastung des Landrates für den Gesamtabchluss 2013	145/2015
----	---	-----------------

Frau Kleene-Erke (SPD) erläutert als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses den Tagesordnungspunkt und empfiehlt, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Es folgt die Abstimmung.

Beschluss:

Der Gesamtabchluss 2013 des Kreises Warendorf wird bestätigt.

Dem Landrat wird für den Gesamtabchluss 2013 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

3.	Jahresabschluss 2014 hier: Beschluss über das Jahresergebnis 2014	170/2015
-----------	--	-----------------

Beschluss:

Der Fehlbetrag des Haushaltsjahres 2014, der im Jahresabschluss 2014 mit 1.403.953,74 € ausgewiesen ist, wird i. H. v. 887.865,51 € der Ausgleichsrücklage und i. H. v. 516.088,23 € der Allgemeinen Rücklage entnommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

4.	Beschluss über den Jahresabschluss 2014 des Kreises Warendorf sowie Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2014	142/2015
----	--	-----------------

Frau Kleene-Erke (SPD) erläutert als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses die Vorlage, berichtet über die eingehende Beratung im Fachausschuss und empfiehlt dem Kreistag, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Es folgt die Abstimmung über die Vorlage.

Beschluss:

Der Jahresabschluss 2014 des Kreises Warendorf wird festgestellt.

Dem Landrat wird für das Haushaltsjahr 2014 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

5. Kommunales Investitionsförderungsgesetz NRW**167/2015****Beschluss:**

Das in der Vorlage dargestellte Konzept zum Einsatz der Mittel für den Kreis Warendorf aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz i.H.v. rd. 5,3 Mio. € zuzüglich des Eigenanteils von 10 % (rd. 532 T€) in den Jahren 2016 – 2018 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

6.	Rahmenprogramm zur Konsolidierung des Kreishaushaltes 2016 bis 2019	149/2015
-----------	--	-----------------

Landrat Dr. Gericke erläutert die Vorlage und berichtet über das positive Abstimmungsverhalten in sämtlichen Fachausschüssen.

Beschluss:

Das Rahmenprogramm zur Haushaltskonsolidierung 2016 bis 2019 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

7.	Umsetzung des FMO-Finanzierungskonzeptes - Zuführung der Tranche 2017	175/2015
-----------	--	-----------------

Landrat Dr. Gericke erläutert die Vorlage und berichtet über die ausführliche Diskussion im Kreisausschuss.

Frau Nienkemper (FWG) weist darauf hin, dass sie dem FMO-Finanzierungskonzept aufgrund zu vieler Unwägbarkeiten in der heutigen Sitzung nicht zustimmen werde.

Beschluss:

Auf der Basis der im Jahr 2014 durch die FMO-Gremien der langfristigen FMO Finanzierung zugrunde gelegten Finanzierungsvariante A (s. Anlage 1) wird für das Geschäftsjahr 2017 eine Einzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe des prozentualen Anteils von 16,8 Mio. € des Kreises Warendorf am Stammkapital - also i.H.v. 409.780 € - beschlossen.

Die Vertreter des Kreises Warendorf in den Gremien der FMO GmbH werden beauftragt, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 45 Nein 9 Enthaltung 1

8. Anpassung des Gesellschaftsvertrages der FMO GmbH**176/2015****Beschluss:**

Der Kreistag stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrages der FMO GmbH gemäß dem als Anlage I beiliegenden Entwurf, ggf. mit noch erforderlichen redaktionellen Änderungen, zu.

Die Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung der FMO GmbH werden insofern beauftragt, den Änderungen des Gesellschaftsvertrages in der vorliegenden Fassung, ggf. mit noch erforderlichen redaktionellen Änderungen, zuzustimmen.

Der Kreistag nimmt zur Kenntnis, dass eine Übertragung der von der Stadtwerke Osnabrück AG gehaltenen Anteile auf die OBG Osnabrücker Beteiligungs- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbh stattgefunden hat.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 45 Nein 10

9. Antrag der FWG-Kreistagsfraktion - Sachstandsbericht FMO 178/2015

Landrat Dr. Gericke erläutert die Vorlage und weist auf die ausführliche Behandlung im Rahmen der Kreisausschusssitzung sowie die Berichterstattung durch Herrn Prof. Stöwer hin.

Die Kreisverwaltung des Kreises Warendorf informiert über den aktuellen Sachstand zum Thema FMO in Bezug auf

- die Berichterstattung in den Medien bezüglich Rückgang der Fluggastzahlen,
- die Bürger- und Unternehmensbefragung im Kreis Steinfurt,
- die inhaltlichen Beschlussfassungen in der Sitzung des Kreistages des Kreises Steinfurt am 22. Juni 2015

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

10.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Personalstruktur der Kreisverwaltung - Reduzierung von Beamtenstellen	198/2015
-----	--	-----------------

Herr Drestomark (Grüne) erläutert den Antrag und weist darauf hin, dass sich durch die Senkung der Beamtenstellen u.a. Einsparungen bei den Positionen Beihilfe und Pensionsrückstellungen ergeben.

Die Verwaltung schlägt Herrn Drestomark vor, den Antrag aufzuarbeiten und im nächsten Finanzausschuss auf die Tagesordnung zu setzen. Herr Drestomark (Grüne) zeigt sich damit einverstanden und formuliert den Antrag mündlich um:

„Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum nächsten Finanzausschuss die finanziellen Konsequenzen in ihren Größenordnungen darzustellen und Einsparpotenziale mitzuteilen.“

Herr Gutsche (CDU) stimmt Herrn Drestomark (Grüne) zu und spricht sich ebenfalls für eine Verschiebung aus. Auch Frau Ankens-Homann (SPD) zeigt sich mit diesem Vorgehen einverstanden, bittet jedoch darum, diese Thematik nicht nur fiskalisch zu beleuchten, sondern die Verbeamtung auch als einen Aspekt der Personalgewinnung zu betrachten.

Herr Dr. Funke weist darauf hin, dass diese Thematik bereits in 2011 besprochen wurde, zum nächsten Finanzausschuss aber gerne erneut aufbereitet werde.

Beschluss:

Der Kreistag möge beschließen: Der Anteil von Beamtenstellen in der Kreisverwaltung wird langfristig auf einen Anteil von 20% (derzeit: 28%) der Beschäftigten verringert. Zur Zielerreichung wird eine Besetzung der Stellen ausscheidender oder versetzter Beamt*innen mit Beamt*innen nur vorgenommen, wenn eine gesetzliche Verpflichtung zur Besetzung mit Beamt*innen besteht. Alle anderen Stellen werden mit Angestellten besetzt.

Abstimmungsergebnis: vertagt
Ja 54 Enthaltung 1

11.	Abschließende Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2016 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie Beratung und Beschlussfassung zur Umlageerhebung nach § 56 c Kreisordnung NRW	186/2015/2
-----	--	-------------------

Haushaltsreden:

Die Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen tragen ihre Haushaltsreden vor. Diese sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

„Änderungsantrag“ der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 10.12.2015:

Es folgt die Abstimmung über den noch offenen Antrag der Kreistagsfraktion Die LINKE „Änderungsantrag“ vom 10.12.2015, den Herr Schulte (LINKE) bereits im Rahmen seiner Haushaltsrede begründet hat:

„Die Fraktion Die Linke im Kreistag Warendorf beantragt, abweichend von der Beschlussvorlage 186/2015/2 II. 1. den Anlagen die ursprünglich im Haushaltsentwurf stehenden 2.000.000,-- Euro zuzuführen und auf Kreditvolumen abbauende Sonder-tilgungen zu verzichten.“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt (4 Ja; 51 Nein)

Benehmensherstellungsverfahren:

Zum Benehmensherstellungsverfahren weist Herr Dr. Funke auf die ausführliche Diskussion in den Fachausschüssen sowie die Anlagen 3 und 8 der Vorlage 186/2015/2 hin.

Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen „Geschlechtergerechte Sprache im Kreishaushalt“:

Frau Blümer (Grüne) weist darauf hin, dass die Anfrage als Hinweis an die Kreisverwaltung zu verstehen sei, da eine geschlechtergerechte Sprache in behördlichen Schriftstücken bereits vorgeschrieben sei.

Herr Dr. Funke sagt zu, diese Vorgaben auch für die weiteren Haushaltspläne zu beachten.

Es folgt die Abstimmung über die Vorlage, wobei Landrat Dr. Gericke auf die Notwendigkeit einer getrennten Abstimmung über die Ziffern I und II hinweist.

Beschluss:

I. Umlageerhebung nach § 56 c Kreisordnung NRW

1. Die gemeinsame Stellungnahme der Bürgermeisterin und der Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf vom 30.11.2015 sowie die Stellungnahme der Stadt Beckum vom 08.12.2015 zum Schreiben des Landrats anlässlich der Einleitung des Benehmensherstellungsverfahrens vom 27.10.2015 wird zur Kenntnis genommen. Die darin vorgebrachten Einwendungen werden entsprechend einer tabellarischen Übersicht behandelt.
2. Der Hebesatz der von den Kommunen zu zahlenden Sonderumlage wird auf 0,9 v.H. der für das Haushaltsjahr 2016 geltenden Bemessungsgrundlage festgesetzt.
3. Die Satzung zur Erhebung einer Sonderumlage 2016 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen (Ja 48; Nein 3; Enth. 4)

II. Haushaltssatzung 2016

1. Die Beratungsergebnisse der Ausschüsse, so wie sie sich aus den Listen ergeben, werden beschlossen.
2. Die gemeinsame Stellungnahme der Bürgermeisterin und der Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf vom 09.10.2015 zum Eckdatenpapier des Landrats zum Entwurf des Kreishaushaltes 2016 sowie die Stellungnahmen der Gemeinde Wadersloh vom 27.10.2015, der Stadt Sendenhorst vom 06.11.2015, der Gemeinde Ostbevern vom 12.11.2015, der Stadt Warendorf vom 24.11.2015 und der Stadt Beckum vom 26.11.2015 werden zur Kenntnis genommen. Die darin vorgebrachten Einwendungen werden entsprechend der beigefügten tabellarischen Übersicht behandelt.
3. Der Hebesatz zur allgemeinen Kreisumlage wird auf 38,9 v.H., der Hebesatz für die Jugendamtsumlage wird auf 17,7 v.H. festgesetzt.
4. Im Übrigen wird die Haushaltssatzung des Kreises Warendorf für das Jahr 2016 mit ihren Anlagen in der eingebrachten Fassung mit den empfohlenen Änderungen aller Fachausschüsse beschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen (Ja 35; Nein 19; Enth. 1)

12.	Weitere Beteiligung am MVA Hamm Verbund (Müllverbrennungsanlage)	162/2015
-----	---	-----------------

Beschluss:

Dem Erwerb von 1% der Geschäftsanteile an der MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH (MHB) Anfang des Jahres 2016 und weiterer 4,05% Ende 2017 durch die kommunale Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH (AWG kommunal) sowie dem Abschluss eines Verbrennungsvertrages zwischen der AWG kommunal und der MHB über ein Kontingent i. H. v. ca. 11.000 Mg/a wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

13.	Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM)	174/2015
-----	--	-----------------

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bürgschaftsverpflichtung zugunsten der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) i.H.v. 0,65 Mio. € einzugehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

14.	Umbenennung des Behindertenbeirates und Änderung der Richtlinien	169/2015/1
-----	---	-------------------

Beschluss:

1. Der Behindertenbeirat wird umbenannt in „Beirat für Menschen mit Behinderungen“.
2. Die Richtlinien des Beirates werden entsprechend des beigefügten Entwurfs beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

15.	Einführung eines Schülertickets für die Schülerinnen und Schüler der Berufskollegs des Kreises Warendorf	183/2015
-----	---	-----------------

Beschluss:

Der Kreis Warendorf bietet allen nach § 97 Abs. 1 SchulG NRW anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schülern der Berufskollegs in Trägerschaft des Kreises Warendorf – beginnend mit dem Schuljahr 2016/2017 – nur noch ein Schülerticket an. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Verkehrsunternehmen im Kreis Warendorf eine Vereinbarung auf der oben beschriebenen Grundlage zu schließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

16.	Beschaffung einer Software für die strukturierte Notrufabfrage	192/2015
-----	---	-----------------

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln in Höhe von 75.000,- € im Teilfinanzplan der Produktgruppe 0203 „Feuerschutz, Rettungsdienst, Katastrophenschutz“ zur investiven Beschaffung eines Software-Moduls für die strukturierte Notrufabfrage gem. § 83 Abs. 2 GO NRW zu.

Die Deckung der Mehrauszahlungen erfolgt durch die Einsparungen in gleicher Höhe bei der Investitions-Nr. 09.32.000 „Einführung und Betrieb Digitalfunk“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

17.	Anpassung der Dienstanweisung zur dezentralen Ressourcenverantwortung im NKF (Budgetregeln)	184/2015/1
-----	--	-------------------

Beschluss:

Dem beiliegenden Entwurf zur Anpassung der Dienstanweisung zur dezentralen Ressourcenverantwortung im NKF – Budgetregeln – (Anlage 1) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

18.	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion: Vertreterregelung für die Besetzung der Ausschüsse	195/2015
-----	---	-----------------

Beschluss:

Neuregelung der Vertretung für die Ausschüsse:

Kreisausschuss:

- Markus Diekhoff
- Vertreter Henner Eisenhuth

Für die anderen Ausschüsse sollen in alphabetischer Reihenfolge sowohl die Mitglieder des Kreistages wie auch die sachkundigen Bürger die Vertretung übernehmen können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

19 Anfragen der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die GrünenAnfrage „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und rechtsextreme Gewalt im Kreis Warendorf“

Landrat Dr. Gericke beantwortet die Anfrage wie folgt:

1. Nach welchen Leitlinien wird die Bewertung rechtsextremer und Straftaten mit einem Hintergrund gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Kreis Warendorf vorgenommen?

Jegliche Bewertung möglicher Straftaten richtet sich nach dem Strafgesetzbuch (StGB). Eine Einordnung, somit auch zu vollziehende Maßnahmen, wird auf Grundlage strafrechtlicher Belange/strafrechtlicher Relevanz vorgenommen. Der Strafverfolgungszwang aus § 163 StPO ist für die Polizei handlungsleitend verbindlich. Eine Differenzierung/Klassifizierung unter dem Begriff „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ erfolgt nicht, da dies kein besonderes Tatbestandsmerkmal in Straftaten darstellt.

Zu den Fragen 2 bis 8 kann die Kreispolizei Warendorf keine Aussagen treffen. Diese Straftaten werden von der Polizei Warendorf aufgenommen, aber ausschließlich durch die zuständige Staatsschutzdienststelle des Polizeipräsidiums Münster bearbeitet.

9. Welche Maßnahmen werden im Kreis Warendorf unternommen, um Straftaten mit rechtsextremen oder Hintergründen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vorzubeugen?

Gemäß § 1 Polizeigesetz NRW hat jeder Polizeibeamte die Aufgabe, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren. Die Polizei hat im Rahmen dieser Aufgabe Straftaten zu verhüten sowie vorbeugend zu bekämpfen und die erforderlichen Vorbereitungen für die Hilfeleistung und das Handeln in Gefahrenfällen zu treffen. Das bedeutet für jeden Polizeibeamten auch präventiv zu agieren, z.B. schon aufgrund seiner Präsenztätigkeiten.

Ferner gliedert sich die Kreispolizeibehörde Warendorf innerhalb der Direktionen Gefahrenabwehr/Einsatz (GE), Verkehr und Kriminalität in unterschiedliche weitere Bereiche auf.

So gibt es in der Direktion GE den sog. KMI (Kontaktbeamter muslimischer Institutionen), der gerade aufgrund seiner Kontakte in diesen Bereichen vorbeugend tätig wird und auch Kontakte zum Staatsschutz Münster hält.

Innerhalb der Direktion Kriminalität ist auch das Kriminalkommissariat Kriminalprävention/Opferschutz (KK2) angesiedelt. Hier wird innerhalb der Verhaltensprävention nicht speziell an den angefragten Themenbereichen als eigenständiger Bereich gearbeitet. Diese Themen kommen aber unter Umständen zum Tragen, wenn es um die Bereiche der Gewaltprävention geht.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass Kreispolizei und Kreisverwaltung einen Arbeitskreis / „Runden Tisch“ betreiben, der es sich zum Ziel gesetzt hat, vorbeugend tätig zu werden, um Extremismus in allen Ausprägungen entgegenzuwirken.

Anfrage „Dauer der Bearbeitung von Anfragen für Facharzttermine für Flüchtlinge“

Kreisdirektor Dr. Börger beantwortet die Anfrage wie folgt:

1. Wie lange dauert es, bis eine Anfrage einer Kommune betreffs eines Facharzttermins für eine*n Asylbewerber*in vom Kreisgesundheitsamt beantwortet wird?

Elf Städte und Gemeinden fragen gar nicht an, Beckum und Ostbevern fragen gelegentlich an. Insgesamt gab es im Jahr 2015 vierzehn Anfragen, diese werden in der Regel innerhalb von zwei bis maximal drei Wochen beantwortet.

2. Und wie oft wurde ein Termin im Jahr 2015 bewilligt bzw. aufgeschoben?

In einem Fall wurde der Termin aufgeschoben, in allen anderen Fällen wurden die Termine bewilligt.

Anfrage „Abschiebungsverfahren, konkreter Vorfall am 18./19.10.2015“

Frau Schreier beantwortet die Anfrage wie folgt:

1. Darf sich die Kreisausländerbehörde bei Abschiebungsverfahren Zugang zu den Wohnungen Dritter auf Grund eines bloßen Verdachts verschaffen?

Im konkreten Fall sollte eine Einzelperson im Rahmen der Dublin III-Verordnung nach Spanien rücküberstellt werden. Die Person konnte aber in ihrer Wohnung nicht angetroffen werden. Auf Grund der allgemeinen Unruhe im Gebäude öffnete ein Hausbewohner in der unteren Etage sein Zimmer. Dem Hausmeister der Stadt Warendorf war bekannt, dass die Person mit dem Abzuschiebenden „befreundet“ ist, so dass diese Person zum Verbleib des Abzuschiebenden befragt wurde. Um weitere Unruhe im Haus zu vermeiden, wurde das weitere Gespräch mit Einverständnis des Bewohners in dessen Wohnung fortgesetzt. Die Wohnung ist weder durch Mitarbeiter der Ausländerbehörde gegen den Willen des Bewohners betreten noch durchsucht worden.

2. Warum müssen Abschiebungen mitten in der Nacht stattfinden.

Der Zeitpunkt der Abschiebungen ist abhängig von den vorgegebenen Flugzeiten bzw. bei Dublin III-Überstellungen von den Vorgaben des Ankunftslandes. Durch die Ausländerbehörde wird insbesondere bei Familien angemessene Zeit für Kofferpacken etc. und auch für die Fahrt zum entsprechenden Flughafen eingeplant, um einen weitestgehend ruhigen Ablauf der Maßnahme zu gewährleisten.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Landrat Dr. Gericke um 11:45 Uhr die Sitzung.

Dr. Olaf Gericke
Landrat

Dr. Heinz Börger
Schriftführer